



Exkursionsreport zur
Gemeindekooperation

23./24. März 2006

Zürich - Umgebung

Agglo Luzern

Fusion Rapperswil-Jona

Büro und Projektleitung
Kapuzinergasse 1
A – 6900 Bregenz
T 0043 (0) 5574 53442

office@vision-rheintal.at
www.vision-rheintal.at

download unter:

www.vision-rheintal.at

visiön rheintal

Raum kommunizieren planen

Inhalte

1. PROGRAMM.....	3
2. TEILNEHMER/INNEN	5
3. FOTODOKUMENTATION	6
4. ERLÄUTERUNGEN UND DISKUSSIONSBEITRÄGE	7
4.1 Roger Strebel und Walter Ess, Region Zürich und Umgebung (RZU):.....	7
4.2 Stefan Rieder, Projektvorbereitung Luzern+:	8
4.3 Paul Huber, Präsident Luzern+:	8
4.4 Jürg Meyer, Geschäftsführer Luzern+:.....	8
4.5 Stadträtin Ursula Stämmer, Luzern:	9
4.6 Gemeindepräsident Josef Wicki, Littau:	9
4.7 Peter Mandler, Beratungsbüro:	10
4.8 Benedikt Würth, Jona:	10
4.9 Walter Domeisen, Rapperwil:	10
5. REFLEXIONEN VON EXKURSIONSTEILNEHMERINNEN.....	11
ANHANG: REFERATE UND PRÄSENTATIONEN (EIGENES DOKUMENT)	

Ein herzliches Dankeschön den ReferentInnen und GesprächspartnerInnen in den Kooperationsräumen – für das Mitteilen Ihrer Erfahrungen, das offene Gespräch und die gastfreundliche Aufnahme.

Besonderen Dank an René Anliker (Soziologe und Raumplaner, Erlenbach ZH) und Jürgen Weiss (Fachteamleiter Gemeindekooperation bei vis!on rheintal), die das Programm konzipiert und die Kontakte in die Kommunen und Regionen hergestellt haben.

Sibylla Zech (Projektleiterin vis!on rheintal)

1. Programm

Praxis-Exkursion zur Gemeindekooperation 23./24. März 2006

Zürich und Umgebung | Agglomeration Luzern | Gemeindefusion Rapperswil-Jona

Donnerstag, 23. März 2006

- 10.06h Abfahrt EC 196 Bahnhof Bregenz
- 11.44h Ankunft Zürich Hauptbahnhof
- 12.06h Abfahrt mit der Üetlibergbahn nach Üetliberg/Uto Kulm
(Ankunft 12.28h, deponieren des Gepäcks, kurzer Fußmarsch)
- 12.45h Mittagessen im Hotel Uto Kulm
- 14.00h Bei gutem Wetter, Besichtigung und Erläuterungen über Zürich und Umgebung
- 14.45h Referate im Seminarraum:
Roger Strelbel: **Regionalplanung Zürich und Umgebung RZU**
Walter Ess: **Regionalplanung Knonaeramt ZPK, Agglomerationsprobleme**
- 15.45h Fragen und Diskussion
- 16.45h Schluss und Abmarsch zur Bahnstation
- 17.07h Abfahrt nach Zürich Hauptbahnhof (Ankunft 17.28h)
- 18.04h Abfahrt nach Luzern IR 2361
- 18.49h Ankunft Bahnhof Luzern Luzern, Zimmerbezug Hotel Waldstätterhof
- 19.45h Treffpunkt Foyer Kultur- und Kongresszentrum Luzern KKL, Apéro
Begrüßung durch Stadtpräsident Urs W. Studer
Kurzvorstellung des Projekts vis!on rheintal durch den Delegationsleiter und die Projektleitung
- 20.15h Yvonne Schärli, Regierungsrätin Kanton Luzern:
Gemeindereform des Kantons Luzern
- 21.00h Gemeinsames Nachtessen Hotel Waldstätterhof mit Austausch zwischen Projektgruppe Vision Rheintal und Luzern-VertreterInnen

Freitag, 24. März 2006

- 07.30h Treffpunkt Rathaus Luzern
- 07.45h Peter Mender, Begrüssung und Einleitung
- 08.00h **Regionale Vernetzung Agglo Luzern**
Stefan Rieder: Veranlassung zum Projekt Luzern+
Paul Huber: Strategie und Ziele Luzern+
Jürg Meyer: Stand und Weiterentwicklung der regionalen Zusammenarbeit
- Fragen und Diskussion
- 09.30h Kaffeepause
- 10.00h **Fusion Littau Luzern**
Peter Mender: Projekt, Vorgehen und Meilensteine
Josef Wicki: Perspektiven für die Gemeinde Littau
Ursula Stämmer: Vision Stadt Luzern
- Fragen und Diskussion
- 11.30h Abschiedsapéro
- 11.30h Presseinformation/- Gespräch
Anschließend Rückmarsch zum Bahnhof / Eigenverpflegung
- 12.42h Abfahrt nach Rapperswil
IR 2421 Voralpenexpress
- 13.59h Ankunft Bahnhof Rapperswil
Kleine Stärkung
Orientierung durch Gemeindepräsident Benedikt Würth, Mitglied des Kantonsrats von St. Gallen, über die 2003 beschlossene und am 1. Januar 2007 wirksam werdende Vereinigung der Gemeinden Jona (17.500 Einwohner) und Rapperswil (7.500 EW) sowie über die kantonalen Rahmenbedingungen.
Pressetermin
- 18.03h Abfahrt Bahnhof Rapperswil
IR 2421 Voralpenexpress
Umsteigen in St. Gallen: an 18.58, ab 19.19 EC 197
- 19.53h Bahnhof Bregenz

2. Teilnehmer/innen

ReferentInnen, DiskussionspartnerInnen :

Roger Strebler, Technisches Büro RZU, Zürich
Walter Ess, Gemeindepräsident, Präsident ZPK und Vorstandsmitglied RZU, Stallikon
Urs W. Studer, Stadtpräsident Luzern
Yvonne Schärli, Regierungsrätin Luzern
Peter Mandler, Projektleiter Fusion Littau Luzern, Inova Management AG, Wollerau
Stefan Rieder, Interface, Institut für Politikstudien, Luzern
Paul Huber, alte Regierungsrat Luzern und Präsident Luzern+
Jürg Meyer, Geschäftsführer Luzern+ und weiterer Zweckverbände
Josef Wicki, Gemeindepräsident Littau
Ursula Stämmer, Stadträtin Luzern
Benedikt Würth, Gemeindepräsident, Mitglied des Kantonsrats von St. Gallen
Niklaus Zeier, Leiter Kommunikation Stadt Luzern
René Anliker, Beratung in Organisation, Öffentlichkeit und Politik, Erlenbach ZH

Delegation vis!on rheintal:

Markus Aberer, Stadtplaner Dornbirm
Rudolf Alge, Bauamt Lustenau
Beat Aliesch, Raumplaner*
Richard Amann, Bürgermeister Hohenems
Martin Assmann, Raumplaner, Land Vorarlberg
Mechtild Bawart, Bürgermeisterin Weiler
Markus Berchtold, Raumplaner
Bernd Bösch, Landtagsabgeordneter
Gottfried Brändle, Bürgermeister Altach
Erika Burtscher, Landtagsabgeordnete, Vizebürgermeisterin Feldkirch
Gabriele Greußing, Prozessbegleiterin
Gernot Kiermayr, Vizebürgermeister Bregenz
Josef Moosbrugger, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister Bizau
Werner Müller, Bürgermeister Klaus
Otmar Müller, Geschäftsführer Gemeindeverband
Manfred Rein, Landesrat für Raumplanung**
Wolfgang Ritsch, Architekt und Baukünstler (neu dabei!)
Anton Weber, Vizebürgermeister Hard**
Jochen Weber, Klubdirektor-Stv ÖVP
Jürgen Weiss, Bundesrat
Sibylla Zech, Projektleiterin vislon rheintal

*Teilnahme nur Luzern / Jona-Rapperswil

** Teilnahme nur Zürich

Links:

www.rzu.ch/
www.region-luzern.ch/
www.rapperswil.jona.ch/
www.zpk-amt.ch/
www.vision-rheintal.at

3. Fotodokumentation



Auf dem Üetliberg
Zürich, Stallikon



z'Mittag mit Gemeindepräsident Walter Ess, Stallikon



Präsentation und Diskussion Region Zürich Umgebung (RZU), mit René Anliker, Raumplaner und Soziologie, Roger Strelbel, (Technisches Büro RZU) und Walter Ess (Gemeindepräsident Stallikon)



Präsentation und Diskussion im Rathausaal Luzern mit Peter Mender (Projektleiter Fusion Littau Luzern), Stefan Rieder (Institut für Politikstudien), Paul Huber (Altregierungsrat und Präsident Luzern+), Jürg Meyer (Geschäftsführer Luzern+ und weiterer Zweckverbände), Josef Wicki (Gemeindepräsident Littau), Ursula Stämmer (Stadträtin Luzern)



Präsentation und Diskussion im Kulturzentrum Alte Fabrik Rapperswil, mit Benedikt Würth (Gemeindepräsident Jona, Mitglied des Kantonsrats, von St. Gallen), Walter Domeisen (Stadtpräsident Rapperswil) sowie Vertreter der Schulgemeinde



Aperó, mit Vertretern der Fusionsgemeinde Rapperswil-Jona im Circus Museum



vislon rheintal auf Schiene

4. Erläuterungen und Diskussionsbeiträge

Über die Referatsunterlagen hinausgehende Erläuterungen und Diskussionsbeiträge, notiert von Jürgen Weiss. Referate und Präsentationen siehe Anhang.

4.1 Roger Strebel und Walter Ess, Region Zürich und Umgebung (RZU):

- Die RZU ergänzt die Kapazitäten kleiner Gemeinden, die in der Regel über keine ausreichenden Ressourcen für Entwicklungs- und Kooperationsarbeiten verfügen. Die Dienste der RZU sind gratis, Nebenkosten (z.B. für Drucksachen) sind zu bezahlen.
- Die Bildung der RZU und ihrer 7 Planungsregionen geht auf die Vorgabe im kantonalen Planungsgesetz zurück, wonach sich die Gemeinden zu Planungsregionen zusammenschließen. Für die räumliche Abgrenzung war maßgeblich: Stadt Zürich und die angrenzenden Bezirke. Diese historischen Grenzen werden heute in Frage gestellt. Diskutiert wird eine flexible Zuordnung nach funktionalen Gesichtspunkten.
- Die Delegiertenversammlung besteht aus 115 Mitgliedern (Delegierte der Gemeinden, der Planungsregionen und des Kantons) und tritt zweimal im Jahr zusammen. Delegierte der Gemeinden sind in der Regel die Planungsverantwortlichen.
- Bei Standortentscheidungen sind in der Regel Richtpläne des Kantons zu berücksichtigen. Sportanlagen sind aber Gemeindeangelegenheit, die sie im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeit umsetzen, Kooperationen sind selten. Mangels finanzieller Beiträge des Kantons gibt es auch keine diesbezügliche Steuerungsmöglichkeit.
- Die RZU hat keine Planungskompetenzen, sie ist lediglich ein Beratungsorgan. Kommunale Zweckverbände werden direkt zwischen den Gemeinden gebildet und sind keine Aufgabe der RZU. Die Zweckverbände nehmen stark zu, inzwischen gibt es sie auch bereits für Feuerwehren.

4.2 Stefan Rieder, Projektvorbereitung Luzern+:

- Die Konzeptsuche hat zwei Jahre gedauert, weitere zwei Jahre der Leitbildprozess mit Strukturvorschlägen.
- Die Agglo versteht sich nicht als Promotor von Gemeindefusionen, sondern als lernende Region.
- Der Stellenwert der Agglo ist in der Bevölkerung wenig bekannt, daher wird in der Öffentlichkeitsarbeit eine wichtige Aufgabe gesehen.
- Erstes konkretes Projekt ist die außerfamiliäre Kinderbetreuung, in weiterer Folge werden die kommunalen Entsorgungsaufgaben angegangen (Zusammenfassung der Zweckverbände). Vorhaben im Bereich Verkehr/Umwelt sind vorerst wegen Widerständen zurückgestellt, ebenso die Standortpromotion.
- Eine wichtige Aufgabe wird in der Zusammenfassung von Zweckverbänden zu Mehrzweckverbänden gesehen.
- Bei Projekten dieser Art ist häufig mit einer Dauer von zehn Jahren zu rechnen.
- Wichtig ist, Themen und nicht Strukturen in den Vordergrund zu stellen. Die Strukturen müssen den Themen folgen.
- In einem ersten Leitbildschritt wurden Workshops mit der Bevölkerung abgehalten, um drückende Themen zu sammeln (vorrangig Umwelt, Verkehr, Gemeinschaftseinrichtungen, Standortattraktivität). Leitbilder für sich allein sind schwer zu vermitteln, sie haben lediglich Innenwirkung.
- Luzern+ ist als Verein konstituiert, dem neben den Gemeinden auch der Gewerbeverband und Industriebetriebe angehören.

4.3 Paul Huber, Präsident Luzern+:

- Die Zusammenarbeit von Gemeinden wird in der Bevölkerung mehr unterstützt als von den Mandatären selbst.
- Aufgabe von Luzern+ ist es Projekte anzustoßen, Support für Gemeinden zu leisten und lediglich subsidiär Fusionen zu unterstützen.
- Es ist wichtig, öffentlich anzuprangern, wo gemeinschaftliche Anliegen wegen lokaler Interessen behindert werden.
- Wichtig ist die Zusammenarbeit mit den Gemeindeparlamenten, der von der Wirtschaft eingebracht andere Blick auf die Dinge und die Konzentration auf leicht fassbare Erfolgserlebnisse.
- Die Agglo ist auf zwei verschiedenen Ebenen unterwegs: einerseits die Umsetzung konkreter Projekte als Tatbeweis und andererseits ein bis Ende 2007 geplanten Visions- und Strategieprozess.
- Ein nächstes Thema wird neben der Kinderbetreuung auch die Energieversorgung sein (Pools der in den Gemeinden vorhandenen Kompetenz, Nachrüstung in Richtung umweltschonender Versorgung).
- Gearbeitet wird derzeit auch an Events zum Kennenlernen der Agglo.

4.4 Jürg Meyer, Geschäftsführer Luzern+:

- Die Vielfalt von Ein-Themen-Kooperationen macht in der Praxis zunehmend Probleme.
- Luzern+ hat ein Jahresbudget von 160.000 Euro, Projekte sind gesondert zu finanzieren (u.a. mit Sponsoring). Jede Gemeinde zahlt 1,1 sfrs pro Einwohner, Einzelmitglieder zahlen 100,-- sfrs und Organisationen 500,-- sfrs, die Beiträge von Unternehmen sind gestaffelt. Dazu kommt Starthilfe von Bund und Kanton in noch nicht genau bekannter Höhe.
- Die Mitgliedschaft von Unternehmen und ihre Mitwirkung in den Organen verhindert die Ten-

denz zu Sandkastenspielen.

- Im Kanton Luzern ist ein Projekt in Arbeit, wonach Klärgase von Abwasserbeseitigungsanlagen in das Gasnetz eingespeist werden können.
- Wichtig ist, mit operativen Projekten voranzugehen, Institutionen sind dann eine Folgewirkung der Realitäten.
- Luzern+ versteht sich als Projektpromotor, als Plattform für Koordination und Kooperation sowie als Netzwerk für Lobbying.
- Die regionale Richtplanung des Kantons ist bisher wirkungslos geblieben, auch die Bemühungen um Standortpromotion sind im Sande verlaufen. Jetzt hat der Kanton das an sich gezogen und dafür eine Stiftung eingerichtet.
- Ähnliche Prozesse wie in der Agglo Luzern werden allmählich auch in anderen Kantonsteilen initiiert, z.B. in der Region Sursee.
- Polyzentrische Systeme haben das Problem, dass sich jeder am liebsten selbst als Zentrum sieht. Insoweit erleichtert die Stellung Luzerns als eindeutige Kernstadt der Region die Tätigkeit der Agglo.

4.5 Stadträtin Ursula Stämmer, Luzern:

- Ziel Luzern, größere Stadt zu werden und damit kantonal und national stärker zu werden. Luzern soll sechstgrößte Stadt der Schweiz werden. Luzern ist die erste deutschsprachige Stadt nördlich von Milano.
- Littau wurde als erster Schritt gesetzt, weil dort interkommunale Probleme bestanden („Luzern hat das gesehen und zugeschlagen“).
- Fusionen bringen für die Bevölkerung gegenüber Kooperationen ein Mehr an Demokratie.
- Bevölkerung fusionsfreundlich eingestellt, Region wird gesamthafter gesehen. Probleme liegen bei den Mandatären, nur diese hängen noch stark an historischen Grenzen.
- „Kanton Innerschweiz“ politisch nicht aktuell und stark kontrovers. Wegen der Konkurrenz der benachbarten Niedrigsteuernkantone führt zu starken finanziellen Verwerfungen und spillover-Effekten. Daher starker Spardruck für den Kanton.
- Städte wollen sich starken in direkten Kontakt des Bundes mit den Kantonen einklinken. Wollen nicht, dass Kantone den Kontakt zum Bund allein in der Hand haben. Politische unterschiedliche Ausrichtungen spielen dabei auch eine Rolle.

4.6 Gemeindepräsident Josef Wicki, Littau:

- Konkurrenz sind nicht die Nachbargemeinden, sondern andere Regionen.
- Wenn es der Kernstadt gut geht, geht es auch den Nachbargemeinden gut.
- Littau und Luzern sind optisch nicht mehr unterscheidbar zusammengewachsen.
- Viele Verbundaufgaben (Verkehr, Entsorgung, Kultur) werden bereits gemeinsam wahrgenommen.
- Finanzielle Bedrängnis durch Steuerwettbewerb. Luzern hat doppelt so hohes Pro-Kopf-Aufkommen als Littau.
- Stadt und Agglo Luzern sind Nettozahler im kommunalen Finanzausgleich. Geld fließt eher in die Randlagen. Trittbrettfahreneffekt für die kleinen, finanzstarken Nachbarkantone.
- Noch keine Mehrheit im Gemeinderat für Fusion. 2007 Volksabstimmung.
- Bisher macht jede Gemeinde eigenen raumplanerischen Mix unterschiedlichster Nutzungsarten, der kann auf größerem Gebiet optimiert werden.
- Kleine Einheiten sind kreativer (Not macht erfinderischer).

- Bei Standortverlagerungen von Betrieben wird in größeren Einheiten das Risiko der völligen Abwanderung vermieden.
- Fusion von Randgemeinden würde nicht viel Sinn machen. Sinn durch Fusion mit der Kernstadt.
- Vereine stehen Fusion kritischer gegenüber. Befürchten Verlust des kurzen Kontaktes zu den Entscheidungsträgern.
- Starkes Motiv ist Leidensdruck finanzieller Leistungsfähigkeit. Das könnte vom Kanton stark gesteuert werden, dieser hält sich dabei aber noch zurück. Neues System des Finanzausgleichs muss erst noch justiert werden.
- Innerschweiz ist keine Marke, nur Luzern. Auch deshalb wird es keinen Kanton mit diesem Namen geben.
- Bei starkem Ausländeranteil in Schulen stellt sich allmählich die Frage, wer wen integriert.

4.7 Peter Mandler, Beratungsbüro:

- Umfrage ergab 2/3-Mehrheit für Fusion. Hauptgrund Steuersenkung.
- Problem, Synergieeffekte zu konkretisieren. Kämpfen derzeit eher mit Mehrkosten.
- Bei den Beratungen wurden viele Punkte, wo man auch bei Scheitern der Fusion bessern zusammenarbeiten könnte.

4.8 Benedikt Würth, Jona:

- Nicht nur Fusion der 2 Gemeinden, sondern auch vorgängige Fusion und Integration der 4 Schulgemeinden.
- Zweiter Anlauf ging von Volksinitiative aus. Nach Abstimmung kein manifeste Gegnerschaft mehr.
- Endergebnis einer schrittweise immer stärkeren Zusammenarbeit über viele Jahre hinweg.
- Schwierigkeit für regionale Kooperation: keine gemeinsame Kasse.
- 80 % der Vereine waren bereits vorher gemeindeübergreifend organisiert. Fusion vollzieht, was sich in Siedlungsentwicklung und gesellschaftlicher Entwicklung vollzogen hatte.
- Problembeispiel schwierigen Zusammenwirkens: Rorschach, Rorschacherberg und Goldach.

4.9 Walter Domeisen, Rapperswil:

- Jona ist steuerstärkste Gemeinde des Kantons, Rapperswil auch im oberen Drittel.
- Gemeinsamer Lebensraum drängt zu Fusion, wird auch im Rheintal so werden.
- Kantonaler Entwurf für Gesetz über Gemeindebereinigungen. St. Gallen hat 480.000 Einwohner in 86 Gemeinden. Nur 6 Gemeinden haben unter 1.000 Einwohner.
- Gesetzesentwurf arbeitet lediglich mit Anreizen, obwohl nach der Kantonsverfassung auch Zwang möglich wäre. Regelung der Vorgangsweise bei Vereinigungen.
- Notwendige Übereinstimmung von Sollen, Können und Wollen auf jeder einzelnen Ebene.
- Verkaufserlös aus Nationalbankgold sollte vom Kanton für Gemeindevereinigungen (Entschuldungen) eingesetzt werden.
- Im Kanton bis auf SVP grundsätzlicher positiver Konsens der Parteien zum Gesetzesentwurf. Problem: Anreize sollten mit Rechtsanspruch verbunden sein, damit das Vorhaben für die Bürger kalkulierbar ist.
- Räumliche Nähe fördert Vereinigungsbereitschaft. Auch Vereinigung von Gemeinden sollte gefördert werden.

5. Reflexionen von ExkursionsteilnehmerInnen

In der Schweiz bestehen - bedingt durch die kommunale und kantonale Steuerhoheit auf unsere Verhältnisse nicht übertragbare ökonomischen Zwänge. Die Bodenseeregion und mit ihr das Vbg. Alpenrheintal können aufgrund ausreichender Distanz zu den Großstädten Zürich, Stuttgart und München die (wirtschafts)räumliche Entwicklung noch relativ stark selbst beeinflussen, was bei größerer Nähe zu den Metropolen auch für größere Agglomerationen wie Luzern nur noch sehr bedingt möglich ist. So wie die Weltgymnaestrada 2007 in Dornbirn sehe ich die IGA Bodensee 2017 als große Chance zur Schaffung einer grenzüberschreitenden (Verkehrs) Infrastruktur in der Bodenseeregion, wenn sich diese zwischen den genannten Metropolitanräumen als wahrnehmbare regionale Einheit behaupten will.

Rudi Alge, Gemeinde Lustenau, Fachteam Freiraum und Landschaft

Wichtig Infos waren für mich:

- Bei Kooperations- oder Fusionsprojekten muss die Zielsetzung des Vorhabens sehr klar sein (was ist die eigentliche Motivation, ganz konkret und nicht generell formuliert).
- Die „Geschichte“ (auch wenn es über hundert Jahre her ist), ist wichtig!
- Die Zeit muss reif sein, dann geht auch solches was vor kurzem undenkbar gewesen ist.
- Einzelne Köpfe können ein Projekt tragen und pushen. Die Besetzung der Schlüsselpositionen ist matchentscheidend. Es dürfen keine Subalterne sein.

Es hat sich bestätigt,

- dass zur Gründung von Kooperationen (oder sogar Fusionen) die Zeit reif sein muss!
- dass der Prozess dann aber auch relativ rasch durchgezogen werden kann.
- dass es sowohl von unten als auch von oben her initiiert werden kann (Voraussetzung, die Zeit ist reif).
- dass es sich letztlich um Einzelfalllösungen handelt. Erfahrungen aus anderen Projekten können wohl dienlich sein, nicht aber den eigenen Weg ersetzen. Das innerliche Nachvollziehen ist wichtig.
- Kommunikation ist wichtig, jedoch müssen Entscheide auch einmal von einem kleinen Grüpplein gefällt werden.
- das Projekt muss in die eigenen Strukturen passen bzw. es muss gut überlegt sein, ob man in die nächste Hierarchiestufe hineingreifen will (Staatsaufgabe). (Hemmschwellen).

Für vision rheintal / für meine fachliche Tätigkeit habe ich mitgenommen:

- Hier kann man sehr wohl intensive Kooperationen eingehen, ohne die Eigenständigkeit zu verlieren.
- Für Vorarlberg bzw. das vorarlbergische Rheintal sind thematische Kooperationen wahrscheinlich sehr effizient (Nach dem Grundprinzip der Region der variablen Geometrie).

Risiken, die wir beachten sollten:

- Den Schwung aus dem Visions-Projekt mitnehmen und an einem konkreten Thema üben.
- Dieses Beispiel nicht als Modell verkaufen sondern als erforderlichen Schritt um künftige Aufgaben in der Gemeinde besser lösen zu können.
- Ein Beispiel wählen, wo man den Anlass (Motivation) auch wirklich konkret formulieren kann.
- Nicht übertreiben und den Dingen auch Zeit geben (Zeit muss reif sein).

Beat Aliesch, Raumplaner, Fachteam Gemeinbedarfseinrichtungen

Als Kinder verbanden wir die Schweiz mit der bekannten Schweizer Schokolade, den goldgelben Teigwaren, den Migro-Besuchen, dem Säntispark und den Alphornbläsern. Dass auch dieser Staat an Entwicklungskonzepten arbeiten muss, um ihren attraktiven Lebensraum zu sichern und um den verschiedenartigsten Interessen gerecht zu werden, habe ich nicht nur berufsbedingt erfahren. Mitten im Bahnhof **Zürich** zu stehen, war für mich ideal, um Bewegung, Mobilität, Entwicklung und Bedeutung dieser pulsierenden Stadt im Herzen der Agglomeration zu erleben. Am Bahnhofsgebäude selbst ist ein angesetzter Planungsprozess schon ablesbar. Offensichtlich wurden hier frühzeitig die „Weichen“ gestellt, Schiene und Straße, für diesen wachsenden Ballungsraum effizient nutzen zu können. Das Hotel Uto Kulm, auf dem Ütliberg, mit der kulinarischen Besonderheit und dem propagierten wunderbaren Ausblick (durch Nebel verdeckt, also vielleicht doch noch nicht so ganz klar?) unterstrich das ausgesprochene Bewusstsein, Lebens-

qualität im Umland für die betroffene Bevölkerung zu sichern.

Erkenntnisse: Klare Parallelen zwischen den beiden Ballungsräumen „Zürich und Umgebung“ und dem „Rheintal“. Dynamische Regionen mit großer Vielfalt und Lebendigkeit. Herausforderungen an alle: Qualitäten des Lebens- und Wirtschaftsraums erhalten und fördern, Freizeitangebote, Erholung in attraktiven Wohngebieten stärken. Für meine politische Tätigkeit: Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, um solche Aufgaben zu bewältigen. Gemeindekooperationen sind aus wirtschaftlichen Gründen unumgänglich.

Der Satz „Von Innen stark werden“ zog sich für mich wie ein roter Faden durch den Besuch in einem beeindruckenden **Luzern**. Mit dem Kultur- und Kongresszentrum KKL bewies diese mutige Stadt, dass sie innovativ unterwegs ist und auch „aus dem Rahmen denkt“. Das sind die besten Voraussetzungen für eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit. Es entstand allerdings zeitweise der Eindruck, dass rein steuerliche Gründe dafür vorherrschen und an diesem Finanzkunstwerk noch sehr gebastelt werden muss! Dr. Stefan Rieder und Altregierungsrat Paul Huber waren sich einig in der Aussage: Man muss den Willen haben „sich abzuheben“, also seine Ecken und Kanten zu bewahren. Was für mich soviel bedeutet, als dass die eigene Identität bei intensiver Zusammenarbeit nicht verloren gehen darf! Widerstände haben oft mit dieser Angst zu tun, die Angst, vor dem Verlust der Eigenständigkeit. Um die Akzeptanz von Gemeindefusionen bei der Bevölkerung noch zu erhöhen, sind „Tatbeweise“ notwendig. Wir in vision rheintal, haben das auch erkannt und wollen den Visionsgedanken Gedanken an konkreten Projekten in den Gemeinden festmachen. In der Entwicklung der beiden Leitbilder PASL und vision rheintal finden wir einige strukturelle Gemeinsamkeiten, aber auch Erfahrungen bezgl. Umsetzungen von Konzepten: Zitiere Dr. Stefan Rieder: „Initialphase braucht viel Zeit, Geduld, Verhandlungsgeschick, Hartnäckigkeit! Es braucht Promotoren, die mithelfen, Strukturgrenzen zu überwinden.“
Mechtild Bawart, Bürgermeisterin von Weiler

Für die Vision ist politischer Mut notwendig. Dieser wird in der Schweiz deutlich gezeigt. Erfolge sind möglich, ergeben Sinn und machen Freude. Für meine fachliche Tätigkeit habe ich mitgenommen, dass unser Fachteam für Soziokulturelle Entwicklung auf gutem Wege ist. Es sollen nicht die Belange einzelner Gruppierungen diskutiert werden, sondern das Miteinander aller Menschen im Rheintal. Die Chance liegt im Tun. Das Risiko liegt darin, das Ziel zu niedrig anzusetzen.

Markus Berchtold, Raumplaner

Für mich ist jetzt noch klarer, wie wichtig und wertvoll gemeindeübergreifend abgestimmte Planungen sein können. Gemeindekooperationen sind auch bei uns das Gebot der Stunde. Wir werden es uns zukünftig nicht mehr leisten können, diese vorhandenen Synergien nicht zu nutzen. Die Zusammenarbeit funktioniert, wenn sich die handelnden Personen auf Basis einer klaren Analyse mit einer nachvollziehbaren Darstellung von Vor- und Nachteilen entschieden haben und wenn sie mit Blick auf das Gesamtinteresse die notwendige Konsequenz haben, um Widerstände (z. B. kurzfristige politische oder finanzielle Interessen) zu überwinden. Die Politik sollte Anreize schaffen, damit Kooperationen interessant werden. Die „vision rheintal“ könnte zum Raum werden, in dem sich zukünftige Kooperationen entwickeln.

Bernd Bösch, Landtagsabgeordneter

Die Haupterkenntnisse sowohl von Zürich als auch von Luzern liegen für mich darin, dass die Gemeinden mit konkreten und praktikablen Angeboten/Lösungen für Kooperationen unterstützt werden müssen. Ich meine, dass mit solchen praktikablen Angeboten die Schwellen herabgesetzt werden können. Interessant für mich war auch zu erfahren, dass Fusionen keine finanziellen Vorteile bringen, sondern in erster Linie der Positionierung und der Professionalität dienen.

Erika Burtscher, Landtagsabgeordnete und Vizebürgermeisterin von Feldkirch

Wichtig war für mich, ganz unterschiedliche Modelle der Kooperationen zu erfahren. Die gezeigten Modelle haben sich aus den jeweiligen Bedürfnissen heraus entwickelt und zeigen, dass es geht, wenn a) der Druck sehr groß ist, b) Menschen mit starken Visionen dahinter stehen und c) wenn ein Gewinn der Kooperation schnell sichtbar wird, bzw. gut kommuniziert werden kann. Bestätigt hat sich meine Einschätzung, dass jeder dieser Kooperationsprozesse viel Zeit braucht und den eigenen Rhythmus finden muss. Teilweise scheint ein Druck/Anreiz von oben sinnvoll zu

sein, erfolgreich wirken nur die Modelle, die aus einer großen Freiwilligkeit heraus betrieben werden. Und das nehme ich so im Rückblick auch ganz stark mit: der jetzt laufende Prozess kann nur ein Anstoß sein, ein Anfang, sich neue Ideen zuzuwenden, auch Ideen genau für diesen Raum zu entwickeln. Diese Ideen können Elemente aus den erfahrenen Modellen übernehmen, aber die Mischung muss dieser Raum selbst finden. Der Prozess braucht Zeit und auch Menschen, die mit ihrem ganzen Engagement zu diesen Ideen stehen, diese nach innen und nach außen vertreten. Erfolgreich werden bei uns die Kooperationen auch nur werden, wenn dann die breite Masse – sprich Entscheidungsträger, dafür gewonnen und begeistert werden können. Da sind auch schon die Risiken, Gefahren enthalten. Ein zu frühes Beenden des Prozesses, weil konkrete Ergebnisse nicht sichtbar gemacht werden können. Anreizsysteme ja, zu enge Verpflichtung löst meiner Ansicht nach Widerstand aus und verhindert Mitdenken.

Gabriele Greussing, Fachteamleiterin Gemeinbedarfseinrichtungen

Wichtig war für mich die Erkenntnis, dass Kooperation zwischen Gemeinden nur dann passiert, wenn entweder die Interessen sehr ähnlich gelagert sind oder sich gegenseitig ergänzen oder aber wenn der Kanton (das Land) steuernd eingreift. Ich habe auch mehrfach gehört, dass die Bevölkerung Kooperationen zwischen Gemeinden positiver gegenüber steht als die Obrigkeit. Das ist die Stärke von „vision rheintal“: aktives Zugehen auf die Bevölkerung. Aber für eine wirkliche Kooperation braucht es den politischen Willen. Für das Land Vorarlberg heißt das, „vision rheintal“ zu institutionalisieren und mit Kompetenzen auszustatten.

Gernot Kiermayer, Vizebürgermeister von Bregenz

Für mich war überraschend, wie klar und eindeutig die Absicht und die Ziele von Gemeindegemeinschaften oder Gemeindegemeinschaften in der für mich konservativ eingeschätzten Schweiz durch die jeweiligen Vertreter formuliert wurden. Offensichtlich ist es aber das unterschiedliche Steuersystem und Steuerhoheit der jeweiligen Kommune, die die Triebfeder des politischen Handelns war. Nachdem sowieso für alle wichtigen Entscheidungen das Volk befragt werden muss, ist es offensichtlich das demokratische Grundrecht an der Basis, dass es auf der Verwaltungsebene zu rein betriebswirtschaftlichen Überlegungen und Handlungen kommen kann. Gerade dort wo die Gemeinden an ihren Gemeindegrenzen zusammenwachsen und bevölkerungsmäßig größer werden, schwindet offensichtlich die Identität zur Einzelgemeinde und wächst demnach die rationale Überlegung in Verwaltungs- und Gestaltungsangelegenheiten. Als Bregenzerwälder kann ich mir eine derartige Begeisterung für Gemeindegemeinschaften überhaupt nicht vorstellen, da ich der Meinung bin, dass eine Vielfalt von Gemeinden auch ihre Berechtigung hat, ohne dass das Ganze nicht mehr finanzierbar wird. Eigenständig sein und bleiben heißt nicht automatisch Zusammenarbeitsverweigerung. Ich könnte mir z.B. vorstellen, dass die bestehenden Gemeindeverbände innerhalb der Regionalplanungsgemeinschaften oder anderen topographischen Regionen noch besser zusammen arbeiten. Für die Vision Rheintal wage ich es nicht, eine direkte Ableitung zu machen ob Gemeindegemeinschaften richtig oder falsch sind, aber eine bewusst machende Exkursion ist jedenfalls ein Schritt für neue Überlegungen. Überrascht hat mich in Luzern die Aussage, dass man dort der Meinung ist, dass zu viel öffentliches Geld in die Bergregionen gehe und zu wenig ins Kerngebiet fließe. Das klingt ein bisschen nach Klassenkampf oder Ausspielung und könnte auch ein Grund sein, dass wenn der eine stärker wird, muss auch der andere sich um neue Kräfte bemühen. Eines ist mir auch sehr klar geworden, dass Gemeindegemeinschaften nur dann funktionieren, wenn es von der obersten politischen Vertretung sehr gewünscht wird und mit großer Ausdauer, Begeisterung und diplomatischem Verhandlungsgeschick konsequent betrieben wird. Ansonsten nützen alle Konzepte und Planungen nichts.

Josef Moosbrugger, Landtagsabgeordneter, Bürgermeister von Bizau

Die Regionalplanung Zürich und Umgebung befasst sich weitgehend mit der klassischen Raumplanung, wie Fragen der Flächennutzung, Verkehr und Einkaufszentren. Die Verbindlichkeit der überregionalen Planung hängt aber letztlich wiederum von jeder Gemeinde ab. Das Thema Gemeindegemeinschaften ist in der Schweiz offensichtlich von hoher Aktualität. Der bevorstehende Zusammenschluss von elf Gemeinden im Kanton Luzern, begründet vor allem in der Notwendigkeit der gemeinsamen Verwaltung kleiner Gemeinden, ließ aufhorchen. Ganz andere Gründe sind offensichtlich bei der geplanten Fusion zwischen der Stadt Luzern und der Nachbargemeinde Littau

maßgebend, nämlich das Bestreben, die Bedeutung und den Einfluss der Stadt auf Bundes- und Kantonsebene anzuheben. Einen anderen Grund für das Zusammengehen von Gemeinden beleuchteten die Referate der jeweiligen Ortsvorsteher von Rapperswil und Jona, nämlich die beschränkten Entwicklungsmöglichkeiten auf Grund der beengten räumlichen Verhältnisse von Rapperswil und die erwarteten Synergien für die zwischenzeitlich wesentlich größere, aufstrebende Gemeinde Jona. Die Rahmenbedingungen der Gemeinden im Staatsgefüge in der Schweiz sind mit jenen in Österreich nur bedingt vergleichbar. Die Steuerhoheit der Gemeinden in der Schweiz lassen die Bestrebungen der Zusammenarbeit und Fusion vielfach verständlicher erscheinen. Durchaus Vorbildcharakter für die Vision Rheintal hat die Zusammenarbeit in der Agglomeration Luzern durch die Bündelung bestehender überregionaler Einrichtungen mit dem Ziel der Weiterentwicklung auf den verschiedensten Bereichen. Die sehr unterschiedlichen Modelle der Zusammenarbeit und die differenzierte Herangehensweise an die Probleme bestätigt die These, dass die Gemeindefusion jeweils auf die konkreten Bedürfnisse abgestimmt werden muss. Es war auch klar erkennbar, dass Motor einer Gemeindefusion vor allem ein „Leidensdruck“ in der Kommune ist. Die zunehmende Flexibilität der Bevölkerung führt zwar einerseits zu einem gewissen Verlust der Identität bei kleinen Einheiten, birgt aber andererseits aus Sicht der Gemeindefusion die Chance, notwendige Strukturbereinigungen vorzunehmen und neue Identitäten in größeren Einheiten zu schaffen.

Otmar Müller, Gemeindeverband

Im Auftreten der PolitikerInnen – insbesondere im Rathaus in Luzern – wurde deutlich, dass in der Schweiz eine ganz andere politische Kultur herrscht. Ich habe die Frage von Josef Moosbrugger an den Gemeindepräsidenten der Fusionsgemeinde noch gut im Ohr: „Sägen Sie nicht mit Begeisterung an Ihrem eigenen Ast?“ Antwort: „Ja schon, aber ich möchte das Beste für die Gemeinde und für mich war es eine schöne Zeit!“ Für mich, aber auch für die Vision Rheintal habe ich mitgenommen, dass es noch sehr viel zu tun gibt. Dazu braucht es viel Ehrlichkeit und Mut, über die entsprechenden Diskussionsforen hinausgehend und in der eigenen Gemeinde umgesetzt. Ich denke, dass unser Weg nur über Kooperationen zum Ziel führt. Dazu sind aber auch Änderungen von Einstellungen notwendig, z.B. wenn Gemeinden, die selber keine oder wenig Wirtschaft haben, von einem notwendigen Finanzausgleich sprechen. Das Risiko sehe ich in der notwendigen Dauer des Prozesses, im Druck den manche Gemeinden empfinden, wenn sie gemeinsam Stellung beziehen müssen/sollten und in der Unverbindlichkeit der Umsetzung mancher Themen. Eine Chance liegt darin, dass bereits viele Gemeinden im Prozess dabei sind: „Steter Tropfen!“

Werner Müller, Bürgermeister von Klaus

Leider konnte ich nur am ersten Teil der Exkursion (Zürich-Umgebung) teilnehmen. Auffallend war, dass den Verkehrsthemen sehr viel Raum eingeräumt wird. Verkehrsfragen stehen bei einem Großteil der vorgestellten Projekte im Vordergrund. Die Planung erfolgt vernetzter und auf Basis Gemeindegrenzen überschreitender Verkehrsmodelle.

Manfred Rein, Landesrat

Das Thema Gemeindefusion wird in der Schweiz pragmatischer gesehen als in Vorarlberg. Die Möglichkeit der Fusion steht quasi gleichberechtigt neben verbesserten Gemeindekooperationen. Als Patentrezept werden Fusionen aber auch nicht gesehen; die örtlichen Gegebenheiten und die handelnden Personen sind ausschlaggebend dafür, welcher Weg als der zweckmäßigere angesehen wird. Das unterschiedlichen Steuersätze in den Kantonen und (!) Orten tragen dazu bei, Fusionen zu forcieren; dieser Aspekt ist in Österreich aufgrund unseres Finanzausgleichs-systems vernachlässigbar.

Stichwort Handelnde Personen: Sie haben es in der Hand, die Weichen entscheidend zu stellen. In unserem Fall hat das etwa der Bürgermeister von Littau getan und zwar in einer Radikalität, die selten anzutreffen ist und zur Abschaffung der eigenen Funktion führt. Nicht minder verblüffend ist die Weichenstellung in Rapperswil-Jona: nämlich eine 25.000 Einwohner umfassende Gemeinde ohne „Gemeindeparlament“ zu regieren und auf die direkte Demokratie zu setzen! Als äußerst interessant habe ich folgende Bemerkung empfunden: „Gemeindefusionen bringen ein Mehr an Demokratie, da die konkreten Entscheidungen von den Zweckverbänden wieder in die direkt gewählten Gremien zurückkehren!“ Diese Aussage dürfte typisch für das direktdemo-

kratische System der Schweiz sein und in Österreich in dieser Form wohl nicht fallen.

Jochen Weber, Klubdirektor-Stv ÖVP, Stadtvertreter Dornbirn

Zusammenfassend sehe ich folgende Lehren: Konkrete Aktionen sind (zumindest am Anfang) wichtiger als Leitbilder, Regeln und Institutionen. Solche Prozesse brauchen (mehr) Zeit, auch für die notwendige direkte Einbeziehung der Bevölkerung. Eine Vielzahl von Ein-Themen-Kooperationen in Verbindung mit Polyzentrik ist schwieriger zu handhaben als die Kooperation mit einer einzigen Kernstadt.

BR Jürgen Weiss, Fachteamleiter Gemeindekooperation

Anhang: Referate und Präsentationen (eigenes Dokument)